

Nr. 2520/J

II-4838 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

1988-07-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. HAUPT, Dr. HAIDER, HUBER
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Kritik Jugoslawiens an der Neuregelung des Minder-
heitenschulgesetzes für Kärnten.

Wie Zeitungsberichten zu entnehmen ist, hat die jugoslawische Regierung Österreich beschuldigt, mit dem Kärntner Minderheitenschulgesetz die Bestimmungen des Artikels 7 des Staatsvertrages verletzt zu haben. Der Sprecher des jugoslawischen Außenministeriums sagte in einer Pressekonferenz, das Gesetz führe zu einer Assimilation der slowenischen Minderheit in Kärnten. Weiters erklärte er, Jugoslawien unterstütze den Standpunkt jener Kärntner Slowenen, die gegen die Trennung der Kinder nach sprachlichen Kriterien sind. Jugoslawien habe in seinen Kontakten mit dem benachbarten Österreich einen freien Dialog über alle Aspekte dieses Problems verlangt. Österreich habe sich an einer Zusammenarbeit interessiert gezeigt und die Versicherung abgegeben, daß die Schulfrage nicht ohne Übereinstimmung mit der slowenischen Minderheit behandelt würde.

Obwohl mit der slowenischen Minderheit intensiv verhandelt wurde, die Neuregelung von großen Teilen der slowenischen Minderheit sowie von Abgeordnetem Smolle mitgetragen wurde, vermerkte der Sprecher des jugoslawischen Außenamtes, daß die jüngsten Entwicklungen im Widerspruch zu den seitens Österreich gemachten Zusagen stünde.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e :

- 1. Was werden Sie unternehmen, um den österreichischen Standpunkt klar zu machen?**
- 2. Welche Schritte werden Sie setzen, um derartigen Anschuldbungen vorzubeugen?**